



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Zukunft des George C. Marshall Centers sichern – Bayerns Beitrag zur transatlantischen Sicherheit und sicherheitspolitischen Bildung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die transatlantischen Beziehungen für Deutschland und Bayern von zentraler sicherheits-, außen- und wirtschaftspolitischer Bedeutung sind. Sie haben sich über Jahrzehnte als verlässlich, stabilisierend und bereichernd erwiesen – insbesondere im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Das George C. Marshall European Center for Security Studies in Garmisch-Partenkirchen ist als zentrale Plattform für internationalen sicherheitspolitischen Dialog und Bildung ein herausragendes Symbol dieser Partnerschaft. Vor dem Hintergrund möglicher Kürzungen der US-Finanzierung steht seine Zukunft aktuell zur Disposition.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich zum Erhalt des George C. Marshall European Centers aktiv für eine multilaterale Anschlussfinanzierung unter Beteiligung von NATO, Bund und weiteren Partnerstaaten einzusetzen.

Dazu soll:

- dem Landtag ein Finanzierungskonzept für die Beteiligung des Freistaates Bayern an der Fortführung des George C. Marshall European Center for Security Studies vorgelegt werden,
- die öffentlich zugesagte finanzielle Unterstützung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder in Höhe eines zweistelligen Millionenbetrags haushaltsrechtlich abgesichert werden.

Begründung:

Seit dem Amtsantritt der zweiten Trump-Administration haben sich die Prioritäten der US-Regierung in der internationalen Zusammenarbeit grundlegend verschoben – insbesondere in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Direkt davon betroffen ist das George C. Marshall Center, das einzige bilaterale Regionalzentrum des US-Verteidigungsministeriums weltweit und seit 1993 ein tragender Pfeiler transatlantischer Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen. Die Finanzierung erfolgte bislang durch das US-amerikanische und deutsche Verteidigungsministerium – der Bund stellte allein zwischen 2021 und 2024 jährlich zwischen 3,3 und 4,6 Mio. Euro bereit.

Wie der Münchner Merkur am 2. Juli 2025 berichtete, prüft die US-Regierung unter Präsident Donald Trump einen vollständigen oder teilweisen Rückzug aus der Finan-

zierung. Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat daraufhin Gespräche mit NATO-Generalsekretär Mark Rutte geführt und angekündigt, Bayern werde sich mit einem zweistelligen Millionenbetrag beteiligen: „Weil wir alles haben wollen, was der Sicherheit dient.“ (Münchner Merkur, 02.07.2025)

Das Marshall Center bietet universitäre Weiterbildungsprogramme für internationale Sicherheitsexpertinnen und -experten, u. a. das Program on Applied Security Studies (PASS) und das Program on Countering Transnational Organized Crime (CTOC). Es kooperiert mit der Universität der Bundeswehr München, verfügt über ein internationales Netzwerk und leistet einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung demokratischer Strukturen weltweit.

Auch für die Region Garmisch-Partenkirchen ist die Einrichtung bedeutsam – wirtschaftlich, wissenschaftlich und touristisch.

Sein Verlust wäre nicht nur ein herber Rückschlag für die transatlantische Partnerschaft, sondern auch ein schwerwiegender Einschnitt in Bayerns Rolle in der internationalen sicherheitspolitischen Bildungslandschaft. Gerade in geopolitisch unsicheren Zeiten braucht es Institutionen wie das Marshall Center, das Dialogräume schafft, demokratische Strukturen stärkt und internationales Vertrauen fördert.

Der Freistaat muss seine Verantwortung jetzt wahrnehmen und die von Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigte Unterstützung Beitrag verbindlich machen, um die Zukunft dieser herausragenden Institution zu sichern.